

# Der palästinensische Versöhnungsprozess und die nationale Herausforderung

von Raif Hussein

Fatah und Hamas haben sich plötzlich und unerwartet in Kairo getroffen und einen Versöhnungsabsichtsvertrag unterzeichnet. Es sieht so aus, als ob die Palästinenser nun ihre Grabenkämpfe hinter sich gelassen hätten und die wichtigsten nationalen Herausforderungen, wie den Antrag auf die Mitgliedschaft in der UNO und den Aufbau von staatlichen Institutionen, endlich vorantreiben wollen. Hamas und Fatah wählten diesen Weg nicht aus der Überzeugung heraus, dass die vierjährige politische und geographische Spaltung der Palästinasache mehr geschadet hat als alles andere, und dass beide Bewegungen ihre eigenen Interessen vor die nationalen Interessen stellten, nein sie haben diesen Weg gewählt, weil die politische Umwälzung in der arabischen Welt und die Anzeichen des heranwachsenden Unmuts in der palästinensischen Bevölkerung, sie zu diesem Schritt gezwungen haben. Beide, sowohl die Hamas, als auch die Fatah haben in den letzten zwei Jahren viel an Vertrauen eingebüßt. Sie haben ihre Legitimität auf der Straße schlicht weg verloren. Sogar die eigene Gefolgschaft zeigte deutlich ihren Unmut über die Spaltung und die dadurch hervorgerufene miserable politische und wirtschaftliche Situation. Die palästinensische Bevölkerung war es leid, sich immer wieder die gegenseitigen niveaulosen medialen Attacken der Hamas und der Fatah Anhänger anzuhören. Die Frage: wer ist eigentlich der Gegner? Haben sich die Menschen täglich gestellt. Es sah so aus, als ob die Fatah und die Hamas vergaßen, dass Palästina noch besetzt ist und dass das Land von der Besatzungsmacht unter den Füßen der Bevölkerung weggerissen wird. Der Feind war immer nur die andere politische Kraft. Ein fatales Kapitel der palästinensischen Geschichte. Beide Bewegungen werden die politische Verantwortung dafür noch lange tragen müssen.

Sowohl die Hamas als auch die Fatah sind keine politischen Parteien im engeren Sinne. Sie sind politische Bewegungen mit verschiedenen Strömungen und undurchsichtigen Strukturen und nichts desto trotz unterscheiden sie sich in wesentlichen Punkten. Die Fatah hat nach dem Tod des ehemaligen Präsidenten und der Integrationsfigur Arafat, viel unter den Flügelkämpfen von machtgierigen Funktionären gelitten. Seit der Machtübernahme durch den Präsidenten Abbas hat die Fatah nie mit einer Stimme gesprochen. Die Fatah verkam zu einer politischen Kraft nach dem Model „Shop in Shop“, jeder Funktionär hat seine eigenen Leute um sich, deren Loyalität nicht selten mit Geld bezahlt wurde und wird. Jede Gruppe kochte ihre eigene Suppe und scherte sich gar nicht darum, was oben in den Führungsebenen entschieden wurde. So waren und sind einige Gruppierungen innerhalb der Fatah froh über die Spaltung, sie haben davon profitiert. Ein Versöhnungsprozess macht ihnen nun einen Strich durch die Rechnung. Dass diese Funktionäre mit aller Macht eine nationale Versöhnung verhindern wollen, beobachtet man täglich.

Die Hamas wiederum ist etwas homogener. Von einer geschlossenen Front innerhalb der Hamas kann aber keine Rede sein. Mindestens zwei Flügel sind innerhalb der Hamas zu beobachten. Einen Hardliner Flügel, mit dem ehemaligen Außenminister Alzahar, als schillernde Figur, und einem gemäßigten Flügel mit Haniya, dem abgesetzten Ministerpräsidenten. Khaled Mishal, der Chef des Politbüros der Hamas, mit noch Sitz in Damaskus, agiert und manövriert genau in der Mitte. Nicht zuletzt aus einem Machterhaltungstrieb heraus. Für die Hardliner war und ist die Spaltung eine logische Folge, die nicht zu vermeiden war, um den Machtanspruch der Bewegung zu manifestieren. Sie sind der Überzeugung, dass die Hamas und nur die Hamas mit ihrem religiös politischen Programm das palästinensische Volk zu seinem Glück von Staatlichkeit und Selbstbestimmung nach ihren Vorstellungen führen könne. Die PLO ist für die Hardliner eine machtlose, strukturlose Organisation, die von Ungläubigen beherrscht wird. Sie lehnen jeden Gedanken zur Beitritt der Hamas in die PLO kategorisch ab. Eine Versöhnung mit der verhassten laizistischen Fatah kommt den Hardlinern

innerhalb der Hamas einer Kapitulation gleich. Die gemäßigten Pragmatiker sind anders. Sie spüren den Druck der Straße und registrieren den Unmut in der Bevölkerung und wissen, dass Sie ein entscheidendes Ventil öffnen sollen, damit der Zorn der Straße nicht in Demonstrationen wie in Tunis und Kairo ausartet. Sie wissen, dass eine Demonstrationswelle in Gaza ihnen nicht nur die Macht kosten könnte, sondern sie auch in ihrer Entwicklung Jahre zurückwirft. Dasselbe gilt übrigens auch für die Fatah in Ramallah. Dort haben die Machthaber um den Präsidenten Abbas mit Gewalt Demonstrationen für die Unterstützung des arabischen Frühlings und für die Überwindung der Spaltung in Palästina, aufgelöst.

Für die Hamas wurde es an einer ganz anderen Stelle sehr brenzlich. Die Hamas gewann die Wahlen 2006 mit zwei entscheidenden Themen; sie präsentierte sich als die wahre und einzige unermüdlichen Kämpferin gegen die Besatzungsmacht. Für sie gab es keinen anderen Weg zur Befreiung Palästinas, außer dem bewaffneten Kampf. Das zweite Thema war: ihr Wille für eine gerechte Gesellschaft, ohne Seilschaften und ohne Korruption. Sie stand für ein transparentes Regieren. Genau diese beiden Themen hat die Hamas in den vier Jahren Spaltung geopfert. Von Anfang an, nach der gewaltsamen Machtübernahme, wurden Anhänger der Hamas bei Stellenvergaben und Machtverteilung von Ämtern bevorzugt. Schnell verschwand die Trennlinie zwischen Partei und Regierung. Genau derselbe Effekt, den die Hamas jahrelang der Fatah mit Recht vorgeworfen hat, ist nun im Land der Hamas eingetreten. Die Zugehörigkeit zur Hamas war und ist eine Eintrittskarte für Ämter, Studienplätze, Reiseerleichterungen und vieles mehr. Wer die Gunst der Funktionäre der Hamas in Gaza nicht auf seiner Seite hat, hat das Nachsehen. Mit der einseitigen Hudna (islamischer arabischer Ausdruck für Waffenstillstand) nach dem Gazakrieg von 2006 hat die Hamas die letzte Basis ihrer politischen Macht und Zauberkraft endgültig verloren. Von der „einzigen wahren Kämpferin“ gegen die Besatzung, ist nun eine „Beschützerin“ des Feindes geworden. Mit diesem Vorwurf, der immer mehr und stärker werdenden radikalen Kräften und islamistischen Zellen im Gazastreifen, muss die Hamas nun leben. Sie muss sich den Vorwurf gefallen lassen: ihre eigenen Prinzipien verraten zu haben. Sie verfolgt

Kämpfer anderer Gruppierungen, die versuchen Raketen auf Israels Süden abzuschießen und sorgt für „Ruhe“ im heißen Kessel des Nahen Ostens. Die Hamas hat ihre Position auf dem rechten Flügel des palästinensischen politischen Spektrums an andere islamistische Organisationen verloren. Mit der Realpolitik ist sie überfordert und für die Alltagsprobleme der Menschen hat sie nur die lapidaren islamischen Lösungen parat. Lösungen, die bis jetzt keinen Ausweg für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Massen zeigen. Die Hamas ist auf dem Boden der Realität gelandet und die Versöhnung mit der Fatah ist das Ventil, das für zeitweilige Entspannung sorgen soll.

Für beide Bewegungen, die Hamas und die Fatah, ist die Unterzeichnung des Vertrages im Mai in Kairo keine langfristige politische Strategie von nationaler Tragweite. Es ist eine politische Floskel, ein Valium zur Beruhigung der Gemüter im besetzten Palästina und ein Zeitgewinn, um die andere Seite doch unter Druck zu setzen und zu hoffen, dass die Massen die Propagandaslogans glauben. Allen Beteuerungen zum Trotz, die vergangenen zweieinhalb Monate nach der Unterzeichnung und der vermeintliche Kampf um den Namen des Übergangsregierungschefs, zeigt wie „ernst“ es beide mit der Versöhnung meinen. Die Hardliner und die Nutznießer der Spaltung reiben sich die Hände und hegen im Geheimen ihre Pläne, wenn das hochgesteckte Vorhaben misslingen sollte.

Aber genau das brauchen die Palästinenser nicht. Die Spaltung schwächt nicht nur die Position der Regierenden, sondern wirkt sich sehr negativ auf die elementaren, nationalen Interessen des palästinensischen Volkes aus. Die Überwindung der Spaltung und das Installieren einer funktionierenden Regierung des Staates Palästina sind wichtige Voraussetzungen für den Antrag auf die volle Mitgliedschaft in der UNO. Ein Vorhaben, welches im September dieses Jahres realisiert werden soll und immens wichtig für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und die Manifestierung seiner Staatlichkeit in sicheren, international anerkannten Grenzen ist.

Der Weg, den der Präsident Abbas eingeschlagen hat, und hoffentlich bis zum Ende durchziehen wird, ist ein Meilenstein in der politischen Entwicklung Palästinas und ein längst erforderlicher Schritt um die sinnlosen, uferlosen Verhandlungen mit der Besatzungsmacht in die richtigen Bahnen zu lenken. Unabhängig davon, ob der Sicherheitsrat der UNO die Empfehlung ausspricht oder nicht, ( laut den Statuten der UNO muss der Sicherheitsrat bei einem Antrag auf eine Mitgliedschaft erst einmal eine Empfehlung an die Vollversammlung aussprechen, dann darf die Vollversammlung der UNO über den Antrag abstimmen) der Schritt ist längst überfällig. Der palästinensische Nationalrat hat den Staat Palästina in den Grenzen vom 4. Juni 1967 schon am 15.11.1988 ausgerufen. Dieser Staat wurde von über 100 Staaten der Welt anerkannt. Der Antrag auf volle Mitgliedschaft in der UNO zeigt, dass Palästina ein friedliches Leben mit seinen Nachbarn sucht und Kompromisse eingehen will, um diesem Frieden eine stabile Basis zu verleihen. Auch wenn der Sicherheitsrat seine Empfehlung verweigert, endet der Weg des Staates Palästina nicht in der UNO. Eine Anerkennung als Staat mit Beobachterstatus ist viel wert für das Selbstbewusstsein des jungen Staates. Mit dem Beobachterstatus ist verbunden, dass der Staat Palästina im internationalen Recht als juristische Person betrachtet und wahrgenommen wird. Von da an werden die besetzten palästinensischen Gebiete nicht mehr als „umstrittene Gebiete“ bezeichnet werden müssen, wie im Osloer Friedensvertrag festgelegt, sondern nun hat ein UNO Mitgliedsstaat das Land eines anderen UNO-Mitgliedstaates besetzt. Hier greift eindeutig Artikel 51 der UNO Charta, und rückt die Besatzungssituation in eindeutig in den Vordergrund. Aus dieser Tatsache heraus sind alle Solidaritätsgruppen weltweit motiviert und aktiv , ihre Nationalstaaten dazu zu bewegen, den Staat Palästina anzuerkennen und sich positiv bei der Abstimmung in der UNO Vollversammlung zu verhalten.